

# Herr Reifler gibt seine Vision nicht auf

In Glarus sinkt nach der Grossfusion die Stimmbeteiligung. Ein Anruf in Schwanden

Samuel Tanner

Als der Pensionär Kurt Reifler in Schwanden im Kanton Glarus das Telefon abnimmt, ahnt er nicht, dass er gerade in grosse Zusammenhänge gerät. Es wird um die Studie eines Professors aus Zürich gehen und um eine «bedauerliche Entwicklung» der Schweizer Demokratie. Aber zuerst erzählt Herr Reifler die rasende Geschichte seines Lebens, «ich sprudlä», wird er zwischendurch sagen, in dem breiten Dialekt seiner Heimat: Als junger Mann lernt Kurt Reifler den Mechanikerberuf, aber bald geht er auf Montage und in die Welt hinaus. Er lebt und arbeitet in Amerika, in Asien, in Ozeanien. Dann kehrt er zurück ins Tessin und lernt Italienisch - und schliesslich zurück nach Glarus, wo er seinen Kanton für immer verändert.

An einer Landsgemeinde, an der die fünfundzwanzig Ortsgemeinden zu zehn Gemeinden fusioniert werden sollen, bringt Kurt Reifler einen radikalen Vorschlag ein: Glarus soll künftig nur noch aus drei Gemeinden bestehen. Glarus Nord, Glarus Mitte, Glarus Süd. Die Landsgemeinde folgt ihm, die Medien schreiben von einer «historischen Grossfusion».

## Glarner Radikalität

Die Verwunderung über die Glarner ist gross. Kommt die Vision der Zukunft wirklich aus diesen umschlossenen Alpentälern? Nicht zum ersten Mal verwundert Glarus. «Die Natur hat es eher weniger begünstigt als andere», schreibt Fritz René Allemann in seiner Kulturgeschichte «26-mal die Schweiz», «jähler noch scheinen hier die mächtigen Gebirgskämme unmittelbar aus der Talsohle aufzuwachsen».

Allemann zeichnet das Bild eines «von Natur zur Absonderung» bestimmten Kantons, ohne Passwege von grosser Bedeutung - und nur im Norden, gegen die Linthebene hin, an die Zivilisation angeschlossen. Ausgerechnet diese Talschaft wurde «die am frühesten und vor allem am radikalsten durchindustrialisierte



Radikalität aus den Alpentälern: Abstimmung an einer Glarner Landsgemeinde. (Glarus, 5. Mai 2019)

## Kurt Reifler



An einer Landsgemeinde hatte der frühere Weltreisende die Idee, 25 Glarner Ortsgemeinden zu 3 Gemeinden zu fusionieren.

Region der Alpen», schreibt Fritz René Allemann.

Radikalität aus den Alpentälern. Wer diesem Glarner Muster durch die Zeiten folgt, landet irgendwann bei dem Drei-Gemeinden-Vorschlag von Kurt Reifler. «Ich bi schu chlai stolz druuf», sagt er jetzt am Telefon. Dann hört er, was der Professor Bruno S. Frey herausgefunden hat, der Forschungsdirektor des Center for Research in Economics, Management and the Arts in Zürich. Dessen Studie trägt den Titel: «Politikmüdigkeit nach Glarner Gemeindefusion». Frey bilanziert, die wirtschaftlichen Vorteile der Gemeindefusionen seien «gering und häufig sogar inexistent». Zudem hat er gemeinsam mit seinen Mitarbeitern festgestellt, dass die Beteiligung an eidgenössischen Abstimmungen im Kanton Glarus seit der Grossfusion im Vergleich zu den Nachbarkantonen um 5,2 Prozentpunkte abgenommen habe. «Die-

ser Rückgang deutet auf einen geringeren Bezug des Stimmvolks zur demokratischen Politik hin.»

Kurt Reifler hört sich die Ergebnisse an, er gibt zu, dass die Leute heute vor allem in den kleinen Dörfern emotional weiter weg von der Politik seien als früher. Das Thema werde aber «fast aufgebauscht», sagt er. Herr Reifler sagt, er würde seinen Antrag wieder stellen, er bleibe bei seiner Vision. Seit zehn Jahren sind die Gemeinden nun fusioniert, und seither habe sich die Raumplanung vereinfacht, anders als früher gehe den Gemeinden das Geld jetzt nicht mehr aus, und bei Gemeinderatswahlen habe es immer mehr als genug Kandidaten gegeben.

## «A Schuä usezoge»

Noch einmal sprudelt Kurt Reifler jetzt für seine Vision. Es war nicht immer einfach für ihn, er ist bedroht worden dafür, er musste seinen Job als Leiter bei der

Regionalen Arbeitsvermittlung aufgeben, weil er in den Gemeinderat von Glarus Süd gewählt wurde, um seine Vision in die Realität umzusetzen. Nachdem er nicht wiedergewählt wurde, war er ein Jahr lang auf Arbeitssuche, im Kanton Glarus habe er Stellen nicht bekommen, davon wisse er, weil er Kurt Reifler sei. «Ich ha schu nuch a Schuä usezoge», sagt er.

Die Freude hat er nicht verloren. Die Zufriedenheit, sagt Kurt Reifler zum Schluss, hänge nicht mit der Grösse der eigenen Gemeinde zusammen. Und wenn eine Studie herausfindet, dass mit der Vision der Grossfusion die Stimmbeteiligung gesunken sei, entgegnet er: «Wir sind heute modern aufgestellt, es braucht noch eine Generation, bis sich das Modell durchgesetzt hat.»

Das ist die Gewissheit, die Visionäre schon immer getragen hat: Die Zukunft könnte ihnen recht geben.

## In Kürze

### Grünliberale gegen Burkaverbot

An ihrer digitalen Delegiertenversammlung haben die Grünliberalen Parteipräsident Jürg Grossen für zwei weitere Jahre im Amt bestätigt. Ebenfalls fassten die Delegierten die Parolen für die Abstimmung vom 7. März. Die GLP sagt Nein zur Burka-Initiative und befürwortet das Freihandelsabkommen mit Indonesien. Im Hinblick auf die Abstimmungen vom 13. Juni beschlossen die Delegierten Stimmfreigabe zur Pestizidinitiative und empfahlen stattdessen die Trinkwasserinitiative zur Annahme. Diese sei «zielführender», da sie auf «liberale Anreize statt Verbote» setze. (zss.)

### FDP unterstützt Covid-Gesetz

Die FDP-Delegierten haben an ihrer digitalen Versammlung bereits die Abstimmungsparolen für den 13. Juni gefasst. Mit 146 zu 31 Stimmen sagten die Delegierten deutlich Ja zum Covid-19-Gesetz. Wegen technischer Probleme können die Delegierten ihre Stimme zur Trinkwasser- und zur Pestizid-Initiative noch bis am Sonntagabend abgeben. Keine Debatte führten die Freisinnigen über das Anti-Terror-Gesetz, das von ihrer Jungpartei bekämpft wird. Einen entsprechenden Ordnungsantrag lehnten die Delegierten knapp ab. (zss.)

### Protest gegen Corona-Vorgaben

In Zug haben am Samstag rund 800 Personen gegen die geltenden Corona-Massnahmen demonstriert. Wie die Polizei mitteilte, versammelten sich die Kundgebungsteilnehmer beim Bahnhof und marschierten in Zweierkolonne und mit Abstand an den See. Der Anlass mit Reden war bewilligt worden. Die Demonstration verlief laut Polizeiangaben friedlich. Die meisten Teilnehmer trugen Masken. (zss.)

# China-Strategie: FDP warnt vor «Selbstzensur»

Die FDP kritisiert in ihrer neuen China-Strategie das Regime in Peking heftig. Die Schweiz müsse Demokratie und Menschenrechte dezidiert verteidigen.

## Ladina Triaca

Was waren die Freisinnigen stolz auf ihren Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Im Sommer 2013 reiste der damalige Wirtschaftsminister nach Peking und unterzeichnete als erster Politiker vom europäischen Festland ein Freihandelsabkommen mit China. Seine Partei lobte die ausgehandelten Wettbewerbsvorteile und hoffte, dass die wirtschaftliche Öffnung Chinas mit einer Demokratisierung einhergehen würde. «Die FDP [ist] der Ansicht, dass mehr Handel in China die Mittelschicht und somit deren politische Mitsprache stärkt», schrieb die Partei damals. Es war die verbreitete Hoffnung auf Wandel durch Handel.

Nun, acht Jahre später, müssen die Freisinnigen einräumen, dass die Erwartung naiv war: «Der chinesische Mittelstand ist zwar grösser geworden, das Land aber deswegen nicht demokratischer»,

sagt FDP-Ständerat Damian Müller. Im Gegenteil: Es werde immer offensichtlicher, wie sehr die Bürgerinnen und Bürger überwacht und unterdrückt würden.

Seine Partei arbeitet deshalb an einem Kurswechsel. Diese Woche hat die FDP-Spitze eine neue China-Strategie verabschiedet. Darin kritisiert sie die chinesische Führung scharf: «Die Kommunistische Partei regiert das Land autoritär, die Menschenrechtslage und die Situation von Minderheiten sind prekär.» Und: «Peking hintertreibt die universelle Idee der Menschenrechte auf der internationalen Ebene gezielt.» Die Schweiz dürfe keinesfalls «Selbstzensur» betreiben und über kritische Themen wie die Umerziehungslager für Uiguren oder die Proteste in Hongkong hinwegsehen. Die Partei mahnt zur Vorsicht: «China betreibt systematisch wirtschaft-

liche Spionage. Schweizer Firmen sind gut beraten, sich vor chinesischen Eingriffen in acht zu nehmen.» Deutliche Worte der Wirtschaftspartei. Gleichzeitig will sie am Geschäft mit China festhalten. So lautet eine der Kernbotschaften des Papiers: Handel und Dialog sind fruchtbarer als Abschottung und Sanktion.

Das erinnert an die China-Strategie von FDP-Bundesrat Ignazio Cassis, über welche die «NZZ am Sonntag» vergangene Woche berichtete. Das Aussendepartement will den Handel mit China ebenfalls nicht einschränken, die Einhaltung von Menschenrechten und internationalen Standards künftig aber lauter einfordern. Der Gesamtbundesrat wird sich in den nächsten Wochen mit dem Papier befassen. Danach werden die Aussenpolitiker des Parlaments darüber diskutieren.

FDP-Politiker Damian Müller ist Präsident der aussenpolitischen Kommission des Ständerats. Er sagt, die freisinnige China-Strategie sei unabhängig von Cassis' Plänen entstanden. «Ich konnte seine China-Strategie noch gar nicht lesen.» Sein Interesse für das Land habe sich vor zweieinhalb Jahren verstärkt, als



FDP-Ständerat Damian Müller kritisiert China. (Bern, 1. 10. 2019)

er Johann Schneider-Ammann auf einer Reise nach Zentralasien begleitete. «Ich habe gesehen, wie China für die neue Seidenstrasse Eisenbahnlinien mitten durch Länder wie Usbekistan, Kasachstan oder Aserbaidschan baut.» Die zunehmend aggressive Aussenwirtschaftspolitik macht ihm Sorgen. «Afrika wird von China dominiert, und in Osteuropa und auf dem Balkan set-

zen die Chinesen strategische Punkte.» Zudem findet Müller es «hochproblematisch, dass Mittelmeerstaaten ihre Häfen an die Chinesen verschachern».

Zwar hat sich die FDP im Parlament gegen rigide Investitionskontrollen gewehrt. Bei wichtigen Infrastrukturen wolle man künftig aber kritisch hinschauen, sagt Müller: «Wir dürfen die Aktienmehrheit bei Wasserkraftwerken oder Spitalern niemals an Länder wie China abgeben.»

Und was hält die Partei heute vom Freihandelsabkommen, das Bundesrat Schneider-Ammann einst aushandelte? Das Abkommen bringe beiden Seiten Vorteile, sagt Müller. Allerdings sehe die FDP darin keinen politischen Hebel, um auf China einzuwirken. Eine Sistierung des Abkommens - wie es etwa die SP nach den Berichten über die Uiguren-Lager forderte - würde nicht zu einer Demokratisierung führen. «Das ist illusorisch», sagt Müller. Vielmehr will die Partei das Abkommen als Eingangstür nutzen, um Menschenrechtsfragen «unmissverständlich zu adressieren». Ob sich die freisinnigen Hoffnungen diesmal erfüllen, dürfte sich erst in ein paar Jahren zeigen.